

<b>Antwort auf Anfragen</b>	Geschäftsbereiche	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters Projektbüro Digitale Modellregion
		Geschäftsbereich Zentrale Dienstleistungen Amt für Informationstechnik und Digitalisierung
	Bearbeiter/in	Dr. Jörg Weidemann (GB 0) Telefon 563-4717 joerg.weidemann@stadt.wuppertal.de
		Daniel Heymann (GB 4) Telefon 563-4509 daniel.heyman@stadt.wuppertal.de
	Datum:	06.02.2019
	Drucks.-Nr.:	<b>VO/0066/19/1-A</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>19.02.2019</b>	<b>Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Wuppertal soll bald digitale Vorbild-Kommune sein" vom 23.01.2019 (VO/0066/19)</b>		

### Grund der Vorlage

Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wuppertal soll bald digitale Vorbild-Kommune sein“ (VO/0066/19)

### Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

### Unterschrift

Mucke                      Dr. Slawig

### Beantwortung

**Frage 1: Welche Aktivitäten hat es seit der letzten Ausschusssitzung Finanzen und Beteiligungssteuerung am 11. Dezember 2018 im Rahmen des Projektes gegeben?**

Ein ausführlicher Sachstandsbericht erfolgt mit einer eigenen Vorlage (VO/0107/19) im Hauptausschuss (20. Februar 2019) und im Rat (25. Februar 2019).

Seit dem 11. Dezember 2018 haben diverse Arbeitskreissitzungen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Konstellationen zwischen den Modellkommunen, dem MWIDE und den Bezirksregierungen stattgefunden, um weitere Förderprojekte und –ideen zu besprechen sowie den Austausch zwischen den Projekten sicher zu stellen.

Auf regionaler Ebene hat sich der Expertenausschuss unter Beteiligung der Bergischen IHK, der Bergischen Universität, der neuen Effizienz, der BSW, dem Wuppertal Institut, dem Projektbüro und den drei bergischen Städten konstituiert und die Arbeit aufgenommen.

Für das erste aus Wuppertal beantragte Projekt „Verwaltungsweite Einführung eines digitalen Aktenplans“ mit einem Projektvolumen von insgesamt rund 2,4 Millionen Euro wurde der vorzeitige Maßnahmenbeginn seitens der Bezirksregierung genehmigt. Ein zweites Projekt aus Wuppertal („Digitalisierung von Antragsprozessen aus dem Bereich Kinder, Jugend, Familie und Schule“) wurde inhaltlich mit den Gutachtern vorbesprochen. Nach positiver Rückmeldung seitens der Gutachter werden hierzu aktuell die Förderanträge erstellt. Das Projektvolumen hier wird bei etwa 1,8 Millionen Euro liegen.

Die Stellen im Projektbüro wurden mittlerweile besetzt – Ende Februar tritt die dritte Mitarbeiterin ihren Dienst an.

## **Frage 2: Welche Themen wurden im regionalen Expert\*innenausschuss der digitalen Modellregion besprochen? Welche Ergebnisse wurden erzielt?**

Neben organisatorischen Themen zur Regelung der Zusammenarbeit wurden alle Teilnehmer auf den aktuellen Stand der Förderprojekte gebracht und neue Projektideen vorgestellt und diskutiert.

Darüber hinaus fand eine erste Diskussion zum Entwurf des Gesamt- und Rahmenkonzepts statt, welches vom MWIDE und der Bezirksregierung von jeder Modellregion gefordert wird und zwingende Voraussetzung für eine Förderung ist. Das Konzept wird kurzfristig fertiggestellt und abgestimmt. Das MWIDE hat für einen ersten Vorentwurf bereits Zustimmung signalisiert.

Neben den bereits in Punkt 1 genannten Projekten wurden folgende Projektideen aus den Bereichen Smart City und Smart Government vorgestellt und diskutiert:

- Einsatz von künstlicher Intelligenz im Bereich des autonomen Fahrens
- Ein Marktplatz für offene Daten
- Digitale Unterstützung der häuslichen und stationären Pflege
- Nutzung von vorhandener Sensorik zur Beleuchtungssteuerung auf Straßen und Plätzen abhängig von Verkehr und Personenfrequenz

## **Frage 3: Wie ist der Stand des Projektes Digitale Archivierung?**

Grundsätzlich laufen aktuell zwei große verwaltungsweite sowie eine Reihe kleinerer Projekte (Einführung einzelner Fallakten in Fachämtern), die durch das Amt 402 durchgeführt werden und unter „Digitale Archivierung“ gefasst werden können.

Ziel des Projektes „*Digitalisierung der Eingangspost*“ ist die Umstellung der kompletten städtischen Eingangspost hin zu einer vollständigen Digitalisierung. Hierzu wurden europaweit entsprechende Scanstraßen ausgeschrieben – die erste Straße ist bereits geliefert und befindet sich in Betrieb. Neben der Klärung zahlreicher rechtlicher und organisatorischer Fragen (welche Post darf geöffnet werden, was darf vernichtet werden, wie sind die Aufbewahrungsfristen, wie muss vernichtet werden etc.) steht hier die

Automatisierung der sonst üblicherweise manuellen Vorgänge (Sortierung der Post, Entscheidung über Öffnung, Erkennen des Empfängers über Schrifterkennung, Zuordnung von Schriftstücken zu Vorgängen und Akten über Schlagworte etc.) im Vordergrund. Die Prozesse wurden weitgehend implementiert – aktuell befindet sich noch die automatische Zuordnung der Schriftstücke zu Personen und Vorgängen in der Entwicklung und im Test. Darüber hinaus soll die Schrifterkennung noch um eine Handschrifterkennung erweitert werden. Im März soll das erste städtische Amt im Echtbetrieb mit der digitalen Post versorgt werden. Anschließend erfolgt der Rollout in die Gesamtverwaltung (beginnend mit den Ämtern 403 und 404).

Das zweite Großprojekt ist die unter 1 bereits benannte „Verwaltungsweite Einführung des digitalen Aktenplans“.

Auf Basis eines Vorprojektes aus den Jahren 2017 – 2018, in dem grundsätzliche Strukturen eines verwaltungsweiten Aktenplans erarbeitet und getestet wurden, ist das Ziel des Projektes, alle Ämter der Stadt mit einem Aktenplan für das allgemeine Schriftgut auszustatten und auch die entsprechenden Dokumentenworkflows medienbruchfrei bereit zu stellen. Dies bildet die Basis und Voraussetzung für das vorher beschriebene Projekt „*Digitalisierung der Eingangspost*“, da der Aktenplan benötigt wird, um die digitale Eingangspost medienbruchfrei bis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und schlussendlich bis in die Vorgangsakten zuzustellen (d.h., die digitale Eingangspost kann sofort in die elektronischen Akten einsortiert werden).

Zurzeit laufen noch die konzeptionellen Arbeiten (Aktenstrukturen, Prozessdefinitionen für diverse Dokumentenworkflows, Erarbeitung von Richtlinien mit Datenschutz-, Gleichstellungs- sowie Personalvertretungsaspekten etc.) sowie die Projektablaufplanung (Reihenfolge der Ämter analog zur Einführung der digitalen Eingangspost). Des Weiteren wurden Gespräche mit den ersten Ämtern (403, 404) bereits geführt. Der Aufbau der Strukturen, die Definition der Prozesse sowie die Einführung (mit Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) für die Pilotämter beginnen bereits im Februar / März 2019.

Die Infrastruktur (Dokumentenmanagementsystem inkl. revisionssicherer Langzeitarchivierung) ist bereits vollständig implementiert. Nach aktueller Planung wird die letzte Leistungseinheit Mitte 2021 vollständig auf den digitalen Aktenplan umgestellt sein.

#### **Frage 4: Wie ist er Stand des Projektes Bürgerportal?**

Die Stadt Wuppertal wird ein Serviceportal einführen, welches in NRW bereits in zahlreichen anderen Städten und Gemeinden im Einsatz ist (z.B. in Aachen und Düsseldorf). Die Installation ist im November erfolgreich durchgeführt worden. Aktuell erfolgen diverse Konfigurationsarbeiten der Fachmodule, die Umsetzung der Schnittstellen zu den Fachverfahren, die Konfiguration der Datenimporte sowie die Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Systembetreuungsebene.

In den kommenden Wochen ist die Abstimmung des Designs sowie die Konfiguration der Module Bewohnerparken und Personenstandsurkunden geplant. Darüber hinaus soll noch eine Reihe von bereits heute verfügbaren Leistungen in das Serviceportal portiert werden, um für den Start ein für die Bürgerinnen und Bürger interessantes Portfolio anbieten zu können. Der Launchtermin für das Serviceportal wird im ersten Halbjahr angestrebt.

#### **Frage 5: Welche Geschäftsprozesse können aufgrund der Rechtslage noch nicht online abgewickelt werden und wie könnte es durch eine Reallabor-Klausel eventuell doch gehen?**

Bei der bisherigen Ausarbeitung des Angebotes von Online-Dienstleistungen, wie dem Anwohnerparkausweis oder der Personenstandsurkunde stellt die Rechtslage kein Hindernis

dar. Dies liegt vornehmlich jedoch daran, dass gezielt Leistungen für den Start ausgewählt wurden, wo die Rechtslage in Bezug auf Digitalisierung bereits geklärt ist. Aktuell wird ein zweiter Förderantrag von Seiten des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung vorbereitet, in dem die Digitalisierung von Bürgerprozessen rund um die Thematik „Kinder, Jugend, Familie und Ausbildung“ im Vordergrund steht.

Zurzeit werden alle Prozesse der Stadt in einem Prozessregister erfasst. Auf Basis des Registers erfolgt eine Bewertung und Sortierung der Prozesse in Bezug auf ihre Digitalisierungsfähigkeit. Die 15 attraktivsten Prozesse sollen dann analysiert, optimiert und wenn möglich digitalisiert werden. Hierbei spielt auch die Ausarbeitung der rechtlichen Hemmnisse und Hürden zur vollständigen Digitalisierung eine große Rolle und ist Bestandteil des Projektantrages. Die Ergebnisse werden dem Land gemeldet, um als Basis für weitere Gesetzesvorlagen zum Bürokratieabbau zu dienen.

Neben den rechtlichen Hürden, besteht die wesentliche Herausforderung aktuell in dem Fehlen einer verbreiteten und akzeptierten elektronischen Identität für die Bürgerinnen und Bürger, die zur Identifizierung und Authentifizierung benötigt wird. Viele Services erfordern heute den NPA (Neuer Personalausweis). Dieser ist jedoch in Verbindung mit aktiviertem Chip und Lesegerät bei den Bürgerinnen und Bürgern kaum verbreitet. Andere Länder arbeiten hier mit Handysignaturen oder anderen Technologien, die von den Nutzerinnen und Nutzern wesentlich besser angenommen werden. Dieses Problem lässt sich jedoch nur auf Bundesebene lösen.

Der Einsatz eines Reallabors erscheint momentan nicht förderlich, da aktuell im Rahmen von Digitalisierungslaboren – in Federführung der Bundesländer – der Rechtsrahmen, das Front- und Backend, als auch die Schnittstellen untereinander, in interdisziplinären Teams, eruiert und konzipiert werden.

Das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung wird sich im Rahmen des KDN-Dachverbandes aktiv in die Digitalisierungslabore einbringen, die sich mit den Themen der Wuppertaler Förderanträge der Modellregion befassen.